

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei
Einschaltung monatlich 20 M., durch unsere Vertreter zugutragen in der Stadt monatlich 20 M., auf dem Lande
22 M., durch die Post bezogen Vierteljährlich 60 M., mit Postumschlag 66 M. Die Postämter und Postboten stellen
unser Blattträger und Verschleiße nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder
sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Inserentenpreis: 20 M. für die 6-gelagerte Hauptzeile oder deren Raum, Restenamen, die 24stündige Hauptzeile 20 M.
Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Zeitungsanmeldungen im amtlichen Zeit- (nur von
Verleihen) die 2-gelagerte Hauptzeile 20 M., Nachmittags-Beilage 10 Pfg. Anzeigenannahme bis 12 Uhr
10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen Übernahmen wird keine Garantie. Jeder Anzei-
genanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anstalt gerät.

Ersteilung seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inzerententeil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 73

Sonntag den 26. März 1922.

81. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Das Amt der stellvertretenden Heimbürgerin für hiesige Stadt und die dazu gehörigen Gemeinden soll anderweit wieder besetzt werden. Bewerberinnen wollen selbstverfaßte und geschriebene Gesuche bis 5. April 1922 hierher einreichen.

Wilsdruff, am 24. März 1922.

1057

Der Stadtrat.

Für Steinbruchbesitzer.

Wie amtliche Befestigungen ergeben haben, befinden sich die Bruchwände

lanten der Steinbrüche des Bezirks zum Teil in einem Zustande, der eine Gefahr für den Verkehr bedeutet. Die Eigentümer oder Verwalter der Steinbrüche werden veranlaßt, für eine genügende Sicherung durch Anbringung von Schutzgeländern und dergl. besorgt zu sein.

Unterlassungen werden nach § 367 Pkt. 12 des Strafgesetzbuches mit Geldstrafe bis zu 1500 M. oder Haft bestraft, sofern nicht nach anderen Strafbestimmungen eine höhere Befrafung eingetreten hat.

Meissen, am 22. März 1922.

306 VII

Die Amtshauptmannschaft.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichskanzler wird am Dienstag das Ergebnis der Kabinettsberatungen über die neuen Forderungen der Reparationskommission im Reichstage bekanntgeben.

* Im Reichsrat wurde festgestellt, daß die geforderten 60 Milliarden Reichsmark nicht zur Deckung des Defizits ausreichen würden.

* Reichsminister a. D. Schiffer wies in Genf die polnischen Liquidationsansprüche in Oberschlesien scharf zurück.

* Der kommunistische Reichstag hielt in der Nacht zum Sonntag eine Sitzung, in der die Freitagsaktion in Wilsdruff als Obstruktion bezeichnet wurde.

* Der preussische Handelsminister erklärte, daß alle preussischen Staatsbetriebe, Häfen und Salinen in eine einzige Aktiengesellschaft umgewandelt werden müßten.

* In Hamburg ist ein belgischer Oberleutnant von einem unbekanntem Täter erschossen worden. Über die Stadt wurde der verschärfte Belagerungszustand verhängt.

Unmöglich!

Schwerer als je fällt es der Reichsregierung, mit ihrer fast unausgesetzten einander auf den Füßen folgenden Reihe von Nachträgen zu den Haushaltsverwaltungen die gebührende Aufmerksamkeit beim Volk zu finden. Längst hat die geradezu schwindende Höhe der Milliardensummen, in denen sich die Etatsvorlagen seit dem deutschen Zusammenbruch bewegen, die Öffentlichkeit abgestumpft gegen die furchtbare Bedeutung dieses Niedergangs, gegen die unumstößliche Erkenntnis, daß, je höher hinauf die Einnahme- wie die Ausgabebezüge der Reichsverwaltung klettern, desto tiefer bergab es mit der Möglichkeit einer irgendwie geordneten Führung der Reichsgeschäfte geht.

Wie lange ist es her, daß wir von einem Reichsdefizit von 90, von 120, von 160 Milliarden gehört haben, und schon sollen wir uns mit neuen Ziffern bekannt machen, die das Reichsfinanzministerium bei Gelegenheit des neuesten Nachtragssetzes für 1922 dem Reichsrat vorbringen ließ. Der ordentliche Haushalt weist danach „nur“ eine Erhöhung von etwa 2½ Milliarden Mark aus, die man durch entsprechende Mehreinnahmen decken zu können hofft. Wobei aber die Ausgaben für die neue Besoldungssteigerung der Beamten, die auf gleichfalls 2½ Milliarden geschätzt werden, noch nicht berücksichtigt sind. Der außerordentliche Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung weist dagegen schon einen Mehrbedarf von fast 17 Milliarden auf, wovon etwa 10 Milliarden auf die Eisenbahn, vier Milliarden auf die Post entfallen. Ihn hofft man gleichfalls durch Mehreinnahmen, verbunden mit Erparnissen, decken zu können. Und der Reparationsetat erfordert im Extraordinarium einen Mehrbedarf von fünf Milliarden, so daß seine Gesamtausgaben auf über 192 Milliarden steigen. Damit erhöht sich der Fehlbetrag des ganzen Rechnungsjahres 1922, der mittlerweile bis auf 183 Milliarden gestiegen war, auf sage und schreibe 198½ Milliarden!

Um auf einige besonders interessante Einzelheiten einzugehen, sei zunächst erwähnt, daß noch einmal fast eine Milliarde angewendet werden soll zur Verbilligung von Auslandsgetreide für die Broterzeugung. Der Einspruch der Entente gestattet bekanntlich nicht, daß diese Hilfsaktion für die notleidende Bevölkerung Deutschlands weiter fortgeführt wird. Die Postverwaltung stellt mit Befriedigung fest, daß der Rückgang in der Zahl der Fernsprechanstalten nach der letzten Erhöhung der Gebühren hinter ihren Verfallungen weit zurückgefallen ist. Sie rechnet mit einer Mehreinnahme von weiteren drei Milliarden aus den neuen Gebührenerhöhungen, die sie für das laufende Rechnungsjahr fremdländerweise bereits angefüllt hat. Auch die Eisenbahnverwaltung prognostiziert mit den Mehreinnahmen, die die wiederholten Erhöhungen, namentlich der Gütertarife, ihr gebracht haben.

Was aber den Gesamtschuldenbetrag von 198½ Milliarden betrifft, so bildet auch er noch lange nicht den Gipfel. Die neueste Note der Reparationskommission legt für ihre Zahlungsrechnungen bekanntlich statt des Verhältnisses der Gold- zur Papiermark von 1 zu 45 ein solches von 1 zu 70 fest. Aber auch dieser Umrechnungsfuß kann heute schon nicht mehr als ausreichend gelten. Die 2170 Millionen Goldmark, die das sogenannte Moratorium für 1922 vorseht, bedingen eine Papiergeldausgabe von rund 152 Milliarden und damit keine Verminderung, sondern eine Erhöhung der bisher in den Etat eingestellten Ausgaben um 17 Milliarden. Weitere 10 Milliarden für Nebenausgaben zu Reparationszwecken kommen hinzu, so daß sich schon hiernach eine Erhöhung des Gesamtschuldenbetrages von 192½ auf 219½ Milliarden ergibt. Nimmt man alle Deduktions-

mittel zusammen, die uns auch nach Annahme der neuen Sicherungsvorlagen zur Verfügung stehen, so bleibt die ungedeckte Kleinigkeit von rund 208 Milliarden übrig. Dabei ist allerdings der Ertrag der in Aussicht genommenen Zwangsanleihe noch nicht berücksichtigt. Stellt man ihn mit 70 Milliarden Papiermark in die Rechnung ein, so bleiben immer noch 134 Milliarden für die Ausführung des Friedensvertrages zu decken, und die Regierung muß eingestehen, daß danach also nicht einmal für 1922 eine Gesundung unserer Finanzlage durch den radikalen Eingriff der Zwangsanleihe ersichtlich wird. Und nehmen wir selbst an, was kein Mensch in Deutschland für ausführbar hält, daß dem Verlangen der Reparationskommission gemäß noch darüber hinaus weitere 60 Milliarden an neuen Steuern aus unserem Volk herausgepreßt werden können, so würden auch danach noch rund 74 Milliarden Fehlbetrag übrig bleiben.

Danach kann jeder, der sehen will, sich selber die Frage beantworten, ob die neuen Bedingungen der Entente von uns angenommen werden können oder nicht — und ob, wenn sie angenommen werden, wir in der Lage sein würden, sie zu erfüllen.

Deutsche Gegenvorschläge?

Regierungserklärung am Dienstag.

Das Reichskabinett hat in einer Reihe von Besprechungen, teils in Anwesenheit des Reichspräsidenten, die Beratung der neuen Reparationsnote fortgesetzt. Unklarheit besteht noch über die Frage, ob die Forderung nach 60 Milliarden neuer Steuern über die Zwangsanleihe hinausgeht oder die Zwangsanleihe in sich schließt. Wahrscheinlich trifft das erstere zu. Am Montag werden auch die Ministerpräsidenten der deutschen Länder in Berlin mit der Reichsregierung eine Besprechung abhalten und am Dienstag wird der Kanzler im Reichstag die Stellungnahme der Regierung bekanntgeben. Die Rede soll insbesondere auf den

Willen zu neuen Verhandlungen

eingestellt sein. Amtlich wird daher vorläufig Stillschweigen bewahrt. Doch wird auf anderem Wege bekannt, daß die Regierung keine Möglichkeit sieht, innerhalb der vorgeschriebenen kurzen Frist neue Sicherungsvorlagen von sechzig Milliarden Papiermark parlamentarisch durchzubringen. Die Regierung ist aber bereit, noch deutlichere Zeichen ihres guten Willens zu geben, und wird der Reparationskommission Vorschläge machen, die zu Vereinbarungen auf einer anderen Grundlage führen können. Parteien und Wirtschaftsverbände betrachten die Lage nach wie vor als außerordentlich ernst.

Dr. Schiffer über Oberschlesien.

Die Polen wollen nur Recht für sich.

In der von dem Vorsitzenden Dr. Calonder in Genf anberaumten öffentlichen Sitzung der deutsch-polnischen Konferenz über die Frage des von Polen beanspruchten Liquidationsrechtes in Oberschlesien gab der deutsche Vertreter, Minister a. D. Dr. Schiffer, in tief angelegter Rede einen Überblick des deutschen Standpunktes, dem der polnische Delegierte entgegen nur schwache Ausführungen entgegenstellen konnte. Er betraf sich ständig auf den Versailles-Vertrag, bestritt dem Präsidenten Calonder das Recht, anders als im polnischen Sinne zu entscheiden, und schien anzudeuten, daß Polen sich gegen eine den Deutschen gerecht werdende Entscheidung Calonders bei der Pariser Vorkonferenz wehren werde.

Reichsminister a. D. Dr. Schiffer fragte in seiner Rede, was die Polen unter Liquidation verstanden? Sie wollten damit das Recht erwerben, jeden Deutschen von Haus und Hof zu vertreiben.

Dieser Anspruch stützt sich auf zweierlei Gründe, einmal den materiellen, um sich schadloß zu halten, und zweitens den idealen, nämlich um solche, die angeblich künstlich ins Land gebracht wurden, zum Zweck der Germanisierung, wieder hinauszutreiben. Der erste ist der Standpunkt Englands, Frankreichs usw., der hier ganz außer Betracht fällt, und der zweite könnte allenfalls für Polen und Westpreußen gelten, wo Ansiedlungspolitik von Deutschland betrieben wurde, niemals aber für Oberschlesien. Die Liquidation widerspricht nicht nur dem Geist, sondern auch dem eigentlichen Zweck der Entscheidung der Vorkonferenz. Dieser Zweck ist, dem Lande den Frieden zu geben und ihm seinen Wohlstand zu erhalten. Als Deutscher würde er, so schloß Schiffer, an diesem Werk guten Herzens mit, und er hoffe, daß der Präsident sein Urteil fällen

werde durchdrungen von der Heiligkeit des Rechtes und von dem Bewußtsein, daß das Schicksal eines arbeitstarken Volkes in seine Hand gelegt sei.

Blutige Zwischenfälle in Hamburg.

Verschärfter Belagerungszustand.

In einer der letzten Nächte fuhr der 25 Jahre alte belgische Oberleutnant Graf, der Sohn eines belgischen Generals, von Ruhrort nach Hamburg. An einer Haltestelle der Straßenbahn stiegen vier gutgekleidete junge Leute auf den Straßenbahnwagen. Einer feuerte plötzlich auf den belgischen Offizier zwei Schüsse ab. Hierauf sprangen die vier jungen Leute aus dem Wagen. Der Täter gab von der Straße aus noch weitere drei Schüsse auf den Belgier ab, der so schwer verletzt wurde, daß er unmittelbar darauf starb. Die Besatzungsbehörde hat aus Anlaß dieses Vorfalles den verschärften Belagerungszustand über Hamburg verhängt. Bisher fehlt von den Tätern jede Spur.

Wie unerhört lägenhaft der belgische Bericht über den anderen Zwischenfall in Hamburg war, der einem deutschen Polizisten das Leben kostete, geht aus folgendem Bericht hervor: Zwei Beamte der Schutzpolizei, die sich auf Patrouille befanden, wurden auf der Straßenbahn von zwei belgischen Kriminalbeamten nach einem Ausweis gefragt. Der eine Deutsche erwiderte: „Weshalb? Wir sind im Dienst.“ Darauf packte der eine Belgier den deutschen Beamten an der Brust und zog die Waffe. Als der Wagen zum Halten gebracht war, rissen die beiden Belgier den deutschen Beamten heraus auf die Straße und erschossen ihn sofort. Ein Kampf hatte nicht stattgefunden. Die belgischen Kriminalisten wurden verhaftet.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Anpassung der Strafgesetze an die Verfassung.

Ein Gesetzentwurf zur Anpassung des Strafgesetzbuches an die Verfassung steht den Schülern des Reichspräsidenten, der an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften, des Reichsrats, des Reichswirtschaftsrats, der Reichsregierung und den Regierungen der Länder vor, ferner den Schülern der Mitglieder der Regierungen von Reich und Ländern bei der Vornahme von Verhandlungen sowie der Staatsform und der Farben von Reich und Ländern gegen Verschimpfung. Von der beantragten Immunität der Staatsratsmitglieder ist Abstand genommen worden, ebenso von der Ausdehnung des Schutzes auf die Staatspräsidenten der Länder. Unter Ablehnung verschiedener Änderungsanträge wurde der Entwurf im Reichsrat angenommen.

Die bedrohten Weichselhöfer.

Der Reichskanzler empfing eine Deputation der Bevölkerung der Weichselniederung. Die Abordnung teilte dem Reichskanzler mit, daß sich der Bevölkerung der Weichselniederung eine ungeheure Empörung bemächtigt habe wegen des Beschlusses der Grenzfestsetzungskommission, der eine Reihe reindeutscher Ortschaften zu Polen schlägt. Der Reichskanzler versicherte der Abordnung, daß die Reichsregierung alles tun werde, was in ihren Kräften steht, um die bedrohten Ortschaften Deutschland zu erhalten. Die Abordnung wurde ebenfalls von dem Minister des Auswärtigen Dr. Rathenau, dem preussischen Ministerpräsidenten Braun und dem Minister des Innern, ebenso im Reichsrat und preussischen Staatsrat empfangen. Es ist geplant, einen Teil der Delegierten nach Paris zu entsenden, um dort noch einmal Einspruch zu erheben. Aufklärung eines politischen Attentats.

In Zusmarshausen in Schwaben wurde der frühere Oberleutnant und jetzige Arzt Dr. Josef Berger verhaftet. Die großes Aufsehen erregende Verhaftung steht im Zusammenhang mit der im Vorjahre erfolgte Ermordung des Reichstagsabgeordneten Hans Hartung, der durch 11 Schüsse getötet und dessen Leiche dann ins Wasser geworfen wurde. Als Grund dieser Tat wird von der unabhängigen Morgenpost in München Betrat von Waffen auf die Entente angegeben.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichspräsident empfing den außerordentlichen Gesandten Mexikos, Dr. Alfredo Catuégui, der den Dank der mexikanischen Regierung für die Teilnahme an der Hundertjahrfeier überbrachte.